

**Russland / Frankreich**  
**Miasnikow über die Trotzkisten**

Den folgenden Brief Miasnikows entnehmen wir unseren französischen Bruderbrief, dem „Ouvrier Communiste“:  
Der wichtigste Gegenstand des Mitteljahres der Opposition, Nr. 6, ist die Deklaration der Opposition, zu welcher Trotzkis seine Zustimmung gegeben hat. Worin besteht die Grundlage und der politische Sinn dieser Deklaration? Um diese Frage zu verstehen zu können, muß man in der Nr. 1 des Mitteljahres nachsehen, in welchem Trotzkis sagt:  
„Ich nenne drei klassische Fragen, die den entscheidenden Maßstab zur Beurteilung der Tendenzen im Weltkommunismus abgeben: 1. die Politik des anglo-russischen Komitees, 2. der Verlauf der chinesischen Revolution, 3. die ökonomische Politik der Sowjetunion und ihr Zusammenhang mit der Geschichte vom Aufbau des Sozialismus in einem isolierten Lande. Das sind die wissenschaftlichen Prüfsteine, mit denen ein Proletarier, der sich mit sozialen Fragen etwas abgibt, sofort die verschiedenen Strömungen des Weltkommunismus beurteilen kann.“

Also jedenfalls, wenn man die Richtungen untersuchen will, wird man die Totenruhe stören müssen, wird die alten Fragen: anglo-russisches Komitee, Verlauf der chinesischen Revolution, aufzufrischen und sich schließend dem Fünfjahresplan Stalins zuwenden, welcher die ökonomische Politik der Opposition beeinflusst. Also in den drei Punkten haben wir ein Instrument wissenschaftlicher und entscheidender Genetik! So schwierig auch die Fragen sein mögen, die gestellt werden können, wir können beurteilen, wie sich diese oder jene Richtung, Gruppe oder Fraktion verhält. Es genügt demnach, nach der Vergangenheit zu fragen. — Die Seite ist erledigt, nach der Streit beendet. Wenn eine Gruppe in diesen drei Fragen keine ketzerische Stinde bezogen hat, ist sie unzweifelhaft eine marxistische Gruppe.

Stalin & Co. haben diese Punkte wie die famose Opposition ausgesetzt und selbst Trotzkis überlassen. Die Vergangenheit verzeugend, näherte man sich Stalin und wenn man auf ihn das Licht der drei Punkte wirft, glaubt man, es gäbe keinen besseren Marxisten auf der Welt. —  
Die Trotzkisten vergessen? die Trotzkisten wissen sie nicht vergessen. Welch unversöhnliches Volk, diese Trotzkisten! Die Trotzkisten haben sich entschlossen, in welcher Weise sie die Vergangenheit nicht vergessen wollen. Haben sie sich nicht entschlossen, einen erbarmungslosen Kampf anzuzusetzen? Aber nein! Im Gegenteil, mit einem schweren Senzer der Reue haben sie ihre Unterwerfung erklärt. —  
Es handelt sich um eine einfache Kapitulationsklärung ohne einen Schatten von Absicht einer Plattform oder eines Programms. Sie haben keine merkwürdigen Meinungsverschiedenheiten mit der Partei, sie wollen keine Fraktionen bilden, aber sie stellen alle wichtigen Fragen, in denen die Opposition mit der Bolschewikpartei übereinstimmt, in den Vordergrund, ohne die Differenzen zu verbergen.

„Wir meinen“, sagen sie — daß die Meinungsverschiedenheiten, welche noch verbleiben, und deren Richtung die Zukunft entscheiden wird, nicht unsern Unterschied ausmacht, sondern die Zukunft entscheiden wird. Sie schluß an dem Parteitag rechtfertigen können. Sie können gänzlich in das Programm und in die Partei aufgenommen werden, sie sind wie eine Antwort auf die Fragen, welche die Entwicklung des Aufbaus des Sozialismus mit sich bringt. Des weiteren sehen wir, wie gelassen die Bestehen von kommunistischen Fraktionen ist, welche inner- oder außerhalb der Partei sind. Weiter versagen wir die Gefolgschaft der Anwendung fraktioneller Kampfmethoden. Und endlich sind wir bereit, uns der Parteizensur zu unterwerfen, welche jedem Mitglied der kommunistischen Ansichten zu verteidigen genötigt leisten, zu unterwerfen.“

Mit einem Worte, Trotzkis läßt seine Fraktion zu einem Programm zurückkehren, das er nicht als marxistisch betrachtet. Er demontiert eine Fraktion als gefährlich und demnach dem Leninismus, sich als Fraktion anzuschließen.

„Es muß gesagt werden, daß der deutsche Leninismus eine Partei hat und nicht eine Partei ist. Hieraus entspringt eine Politik die mit der bolschewistischen Partei übereinstimmt.“

Die Geschichte der russischen Arbeiterbewegung wird nicht eine zurückhaltendere Opposition gekannt haben, sie hat aber ebensoviele eine erkannt, die so enthielt die Ideale wäre. Die Erklärung der Trotzkisten ist eine Kapitulation, die sich die Oppositionellen noch mit einem gewissen Stolz betrachten. Aber der Stolz wird nicht lange dauern, nach dem russischen Sprichwort: „Kannst du auf dem Rosse nicht durch Festhalten der Mähne obliegen, so laßt dich nicht durch Stalins halbes Oppositionelle in sein Kabinett eintreten läßt, einige andere Gefangene befreit. Trotzkis erklärt und ihm die Helme wieder gibt — und ihr Stolz fällt — sie kriechen, gleich Sinowjew auf dem Bauch. Später wird Stalin eine gewisse Meinungsverschiedenheit mit den Kapitulanen auf den Umfang einer Plattform ausblähen und unter den § 88 des Gesetzbuches bringen. Es ist wahrscheinlich, daß diese Oppositionellen, diese hohen Funktionäre, die litten, haben diese „Unentbehrlichen“ machen werden, was sie nicht neuerlich der Gefahr aussetzen, ihre zollebe umgeben verlassen zu müssen und vor Heinech zu vergeblich — entfernt von ihrer bürokratischen Tätigkeit.“

Im Falle, wo Stalin einen Augenblick zögern sollte bevor er die Pforten seines Kabinetts und der Gefängnisse öffnet, wird man abhandeln eine Deklaration erachten sehen, die wird man Differenzen und weniger von „Stolz“ aufweist. Das was wir da sagen, gilt den großen Persönlichkeiten. Aber es gibt nicht nur große Persönlichkeiten in der Trotzkisten Opposition, es gibt auch viele Arbeiter. Diese wollen ihren Führern nicht folgen nach einigem Zögern werden sie der „Arbeitergruppe“ beitreten. Hier ist das unheilbare Ende der „Großen-Männer-Opposition am Ende ihres verschlungenen Weges. Nieder mit der Opposition der Großen! Es lebe die Opposition der Proletarier der Arbeitergruppe!  
Q. Miasnikow.

**Ischchoslowakei**

**Die abgeblausene Amnestie**

Die tschechoslowakische Republik hat ein Schutzgesetz, das in Härte in allen „demokratisch“ regierten Staaten nicht seinesgleichen findet. Worte, die sich nur irgendwem staatsfeindlich ausdenken lassen. Bekundung des Präsidenten, politische Gesetze mit Soldaten, unangenehme Versammlungen werden mit Monaten schweren Kerkers bestraft. Diese Härte hat allerdings ihre besonderen Gründe, denn als das Schutzgesetz entstand, hatte eben der Schuß des Terroristen sozialistischen der brutalsten Exponenten der Industrie, den Finanzminister Rasin, beseitigt. Damals war die Furcht vor dem Proletariat noch nicht verschwunden, die Bourgeoisie zitterte um ihr Eigentum und ihre Vollzugsorgane mußten um drittel greifen oder waren hinweggeschwemmt. Doch man griff durch. Von nun an füllten sich die Kerker mit Proletariats, die nicht einmal politisches Regime genossen sondern behandelt wurden, wie gemeine Verbrecher. Zerbrochen durch die warielen Methoden des Strafvolzes verlassen viele den Kerker.

Aber das Schutzgesetz hatte auch andere Aufgaben. Wir leben in einem Nationalitätenstaat. Die herrschende nationale Bourgeoisie, die Tschechen, wollten nun das Monopol auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse für sich in Anspruch nehmen. Diese Absicht behagte weder der deutschen noch der ungarischen und slowakischen Bourgeoisie. Darum sollte das Schutzgesetz auch ein Mittel sein gegen die Irredentia der nationalen Fall für Fall. Während der Besatzung der deutschen noch der ungarischen und slowakischen Bourgeoisie, die deutsche Bourgeoisie kirzte zu machen, da sie den größten Teil der Industrie in ihrer Hand hat und sich befriedigen mußte, indem man sie los von kolonialisieren und zu entindustrialisieren, um so zuzuleben eine Konkurrenzindustrie zu besitzen und gleichzeitig einen Absatzmarkt fürs Inland zu schaffen. Die deutsche Bourgeoisie zeigte auf die Maßnahmen der Tschechen, indem sie ihren Nationalismus und ihr Kokettieren mit dem deutschen Reich, was ohnehin mehr Geste als Ernst war, beiseite ließ und von nun an auf nationale „Belange“ pfiff. Freilich ein paar Heil-„Völkerverständigung“ preis und die bekamen nach vollzogener wirtschaftlicher und politischer Einigung die Härte des Schutzgesetzes zu fühlen. Unter dem Vorwand der Sühne umseitige man diese Sühne und jetzt hemmt nichts mehr die engste Zusammenarbeit der bürgerlichen Klasse. Anders in der Slowakei, dort sah sich die Bourgeoisie ausgepowert und verdrängt, das Kleinbürgertum erobert und der Bauer am Hungerrett. Die erste Folge war, die steigende Zahl der Auswanderer, die zweite ein teilw. vollständige Autonomie, teils ein auf Anschluß an Ungarn gerichteter Irredentismus, teils ein die Tendenzen fanden sich in der slowakischen Volks-„Doch es gelang durch erneute Konzessionspolitik auch die slowakische Bewegung zum Abblauen zu bringen und sie in ministerielle Bahnen zu lenken. Immerhin hatte der ungarische faschistische Flügel dieser Partei unter der Führung des Professor Tuka noch bedeutenden Einfluß und erschröte die Politik der regierenden Mehrheit. Aus diesem Grunde inszenierte die Bürgerblockregierung ein Verbot der ungarischen Tuka auf Grund des Schutzgesetzes und ließ ihn ohne einen juristisch haltbaren Beweis geführt zu haben, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilen. Dadurch wurde auch der slowakischen Bourgeoisie das letzte Hindernis aus dem Wege geräumt. Nun erst zeigte sich die wahre Bedeutung des Schutzgesetzes, es tobte sich gegen die Arbeiterschaft aus, und was die 9000 Sühnlänge aus politischen Gründen sind eine recht schöne Bilanz der Demokratie. Der Sommer 1929 war für die herrschende Klasse eine glückliche Zeit. Die Fabriken hatten der Arbeiterklasse sich selbst leisten, kräftig zu sein und plante Reaktionen, der es zu verpassen, seine Handlungen in den so den einen Mythos geschaffen hat, der bis weit in die Arbeiterschaft reicht, eine weitgehende Amnestie für politische Delikte. Aber die Zeiten ändern sich, in Herbst die Agrarkrise, die die Regierung zum Sturz und das Parlament zur Auflösung brachte. Nun schickte die Bourgeoisie im neuen Parlament die rot-grüne Koalition ins Vertretertreiben. Die sozialdemokratische Partei und Ischchoslowakei wurden in einem neuen Tag, der nun über ihrem Saate anbreche. Der neue Tag brach auch an, aber nicht wie sie es dachten. Statt der Arbeiterklasse und Massen-„Sympathisierende“ von der Partei, welche die Lage. Vergeblich sucht die KPC, durch unsinnige Parolen und Wettbewerbe, die Arbeiterschaft von Kämpfe abzuhalten.

Daß unter diesen Umständen politische Amnestie einem Selbstmordversuch gleich käme, liegt auf der Hand. Darum suchte es die Sozialdemokratie in ihrer Bitrolle vorbehalten, durch ihren Justizminister, den braven Advokaten Dr. Meißner, verkünden zu lassen, daß die Bourgeoisie sich durch ein Amnestiegesetz gewähren, aber zur das Schutzgesetz aufzuheben, sondern daß es Dr. Meißner sich vorbehalte, einzelne Anwesenheitswähler. In Wirklichkeit heißt es: Wir brauchen jetzt das Schutzgesetz, um die revolutionäre Welle niederzuhalten und denken gar nicht daran, die Arbeiterklasse zu befreien, sondern daß die KPC, nichts anderes zu tun, als Prämienschein schreiben für Mitglieder der Regierung, und so ihren eigenen Bankrott zu verhüllen.

Unsere Aufgabe ist es, der Arbeiterschaft aufzuzeigen, daß jeder Kampf um Teilforderungen heute Klassenverrat ist und es nur ein gilt, was den Proletariat die Kerker öffnet, und das ist die proletarische Revolution.

**Holland**  
**Die Bourgeoisie sichert sich**  
Das Zentrale Statistik-Büro veröffentlicht die Reichs-Einkünfte für das Jahr 1927. Einiges daraus entnommen, soll hier bekannt gegeben werden. —  
Diejenigen, welche in Niederland mehr als 10 Millionen Gulden — ca. 17 Millionen Mark besitzen, sind im Jahre 1918 nicht mehr als sechs Menschen gewesen. In der Zeit von 9 Jahren hat sich diese Anzahl mehr als verdoppelt; sie beträgt 1927 sechzehn Personen und sie verdienen zusammen 281 960 000 Gulden. Im nächsten Abstand folgen die „erwerblichen“ Millionäre, ihrer waren 1918 „nur“ 950. Im Jahre 1927 sind es 1145 geworden und sie haben zusammen 2 Milliarden, 630 Millionen Gulden. Fast fünfmal so viele, denn gegenüber stehen die 177 457 Menschen da, die nur mit 14 Millionen zusammen besitzen.

Diese Summe, verteilt auf die 7,5 Millionen Einwohner, die Niederland hat, können wir leicht auf 2000 Gulden. Die meisten haben natürlich nichts als ihre Arbeitskraft, mit der sie den Ausbeutern die Reichtümer geschaffen haben, und die heute vielfach brach liegt.

Im Jahre wohnen die 2 Millionen Nabbos. Es sind 14 607 mit einem Vermögen von fast 2 Milliarden. — Bei allen diesen Zielfern ist zu berücksichtigen, daß sie auf freiwilligen Angaben beruhen, Angaben, auf Grund deren die Vermögenssteuer gezahlt wurde.

Sehr natürlich, ist es von der Bourgeoisie, Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, um sich gegen Übererschneidungen, weicher Art auch zu sichern. — Noch sitzt sie hier fest, warm und trocken aber die „unselbigen“ Wechselverhältnisse in der Welt steigen sich sehr in dem Weltlichen Rotterdam. Aus Ausgangspunkt für die Kolonien ist es, die Lage der Rotterdammer Arbeiter zu betrachten. Diese, gemessen nach holländischem Maßstab, ist äußerst günstig. — 12 717 Arbeiter waren es im Jahre 1928, die Arbeitlosenmatterszahl bezogen. Im Jahre 1929 stieg die Zahl auf 13 867 Arbeiter. — Im Halbesgebiet war die Unbeschäftigten betrug 3297 Menschen, die zeitigt wurden oder den Arzt stöße

hatten. Ueber 53 000 Personen mußten 1929 das Asyl für Obdachlose in Anspruch nehmen.  
Kein Wunder, daß in dieser Stadt, wo die Bourgeoisie ständig mit einem explosiven Aufblauen von Arbeiter-Gemeinden reichte kam, „Berühmungsmaßnahmen“ in kräftigen Umfang getroffen werden.  
„De Tribune“ berichtet darüber: Das Polizeikorps ist sehr verstärkt mit katholischen jungen Elementen aus Brabant, mit calvinistischen Bauern von den Inseln. Zahl, ältere Polizeizugene, die sich mehr von der gemittelten Seite zeigten, sind pensioniert worden. Ein System von Kontrolle ist eingeführt, wobei der eine den anderen zu bespitzeln hat. — Ueber ganz Rotterdam sind große Waffen- und Munitionsvorräte aufgestapelt. Sie sind zu finden in Kellern der Getreidesilos, unter St. Job, im früheren Alumnusheim am Scheidweg Dyk. Der private Waffenhandel hat die Extralizenzen, große Vorräte für evtl. sofortigen Gebrauch bereitzustellen. Die Firma von Doorn hat nicht weniger als 80 000 Revolverpatronen im Betonkeller aufgespeichert. Bei der Firma de Swart lagern 45000 Revolverpatronen. Dazu sind überall in den Straßen, wo die Arbeitlosen stempeln gehen, und wo sie die Unterstützung abholen, die Polizeiwachen so verstärkt worden, daß man nicht mehr von „Ordnungshütern“, sondern von Polizeiknabben, dressiert für den Bürgerkrieg, sprechen kann.

**Italien**  
Die „Tribüne“ veröffentlicht nachstehenden Brief, den ein holländischer Kommunist von einem italienischen Arbeiter empfing.  
Torino (560 000 Einwohner), 27. Dezember 1929.  
Werter Kamerad!  
Verzeihe, daß ich so lange auf meine Antwort habe warten lassen. Ich habe wirklich keine Zeit gehabt. Unsere Fabrik hat die Lieferung bekommen von der Einrichtung für den italienischen Proletat, der baldigst in die Ehe treten soll mit der belgischen Prinzessin Magie José.

An dieser Bestellung haben wir bis zum März Arbeit, dabei müssen wir 12 Stunden pro Tag arbeiten. Die Arbeitsschicht ist hier sehr groß. Die größten Betriebe sind bis 15. Januar 1930 geschlossen und in den übrigen Betrieben wird nur 3 Tage in der Woche gearbeitet.  
Hätten wir diese Arbeit nicht erhalten, dann müßten wir auch das Los von so viel anderen teilen. Mit der Arbeitslosenversicherung ist es traurig bestellt. Wir muß mindestens ein Jahr gearbeitet haben und Beiträge geleistet haben, um für drei Monate Anspruch zu haben auf eine Unterstützung von 3,75 Lire pro Tag. (20 Lire = ca. 4,20 Mark).  
Die Arbeiter und Soldaten werden als Vieh behandelt. Es wird kein Geld angewiesen für eine ausreichende Unterstützung. Man kommt sich nicht anders als durch die Unterstützung von Mussolini vor. Vor ein paar Monaten hat er dem Papst ein Douceur angeboten von 1 760 000 000 (1 Milliarden 760 Millionen) Lire.  
Der Sold der Soldaten im Dienst vor dem König ist 40 Centimes pro Tag, dagegen empfangen die faschistischen Soldner 22 Lire ohne Essen, und 16 Lire mit Essen pro Tag. Daß dieser Zustand unhaltbar ist, ergibt die Tatsache, daß bereits im Herbst 1929 Protesten stattfanden.  
„Ich hoffe, daß noch in diesem Winter Neuerungen kommen. So kann es nicht bleiben.“  
Herzliche Grüße!  
Esperanto.

**Österreichische Zeitungen**  
**Halle**  
Jeden Freitag, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.  
Frankfurt a. M.  
Jeden Samstag, 8 Uhr abends: Versammlung bei Karl Maier, Frießengasse 10.  
Ortsgruppe Bonn.  
Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderer, Dootschstr. 5.  
Sympathisierende und KAZ-Leser haben Zutritt. Dortselbst können auch die Zeitsungen bestellt werden.

**Zur Zentral-Ausstellung**  
Die Thesen des GHA, in der letzten Nummer der KAZ enthalten, einen groben Fehler. In Absatz VI. muß es natürlich heißen: **metaphysische, mediakritische Auffassung**.

**Bücher-Ecke**  
Die „große Zeit“ im Spiegel der Literatur.  
Becher, Klüber u. a. „Der Krieg“, Halbl. 2,50, Ganzl. Mk. 3,20  
Barbasse, „Das Feuer“ „Ganzl. „ 7,50  
Beumelburg, „Sperrefeuer um Deutschland“ kart. 5, — „ 6,50  
Frey, „Die Pfisterkisten“ „ „ 6, —  
Jünger, „Feuer und Blut“ „ „ 6, —  
Glaeser, „Jahrgang 1927“ „ „ 5, —  
Passow, „Drei Soldaten“ kart. 2,80 „ 4,80  
Pivier, „Des Kaisers Kulis“ „ Halbl. 2, — „ 4, —  
Remm, „Krieg“ „ „ 6, —  
Remarque, „Im Westen nichts Neues“ kart. 4, — „ 6,80  
Renn, „Krieg“ „ „ 4,50 „ 5, —  
Sinclair, „Jimie Higgins“ kart. 2,80 „ 4, —  
Scharro, „Vaterlandlose Gesellen“, kart. 3,50 „ 5, —  
Scholowow, „Der stille Don“, brosch. 5, — „ 7, —  
Thomas, „Wir brauchen einen Krieg“, brosch. 5, — „ 0,25  
Tucholski, „Deutschland über alles“, kart. 3,20 Ganzl. „ 5, —  
Wilke, „Prisonnier Haïm“ „ „ 6, —  
Zu beziehen durch die **Deutsches Institut für Arbeiterliteratur**, Berlin SO 26, Luisenzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tetzl, Berlin, Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszardona, Berlin O 17.

**Bestellzettel**

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „**Kommunistische Arbeiter-Zeitung**“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post frei Haus.  
Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 26, Luisenzer Platz 13, zu senden.

Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_

11. Jahrg Nr. 9

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

**Berlin, 1. März 1930**  
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 628 42.  
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 26, Luisenzer Pl. 13.  
Tel.: Moritzplatz Nr. 7832.  
Bei Bezug unter Straußend vierteljährlich 2,00 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,80 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht angenommen.

## Ueber die gegenwärtige Arbeiterbewegung in der Tschchoslowakei

Als der Tschchoslowakei schreibt ein Genosse:  
Das Bild, das die gegenwärtige Arbeiterbewegung auch hier bietet, ist ein überaus trauriges. Die Sozialdemokratie mit dem Bürgertum eingetreten in eine Koalitionsregierung „listische“ Minister arbeiten am „Hineinwachen in den Sozialismus“. Als politische Neubeit ist dabei zu bemerken, daß die deutsche Sozialdemokratie in der CSR, unter Minister-Fürsorge. Die deutsche Sozialdemokratische Partei in der Tschchoslowakei hatte nämlich immer die Eizentümlichkeit, starken Kontraste Phrasen zu jonglieren (von wegen der war mit dem Munde des linken der Parlamentarierkommunisten) und Regierungen. In Wirklichkeit aber war auch diese Sozialdemokratie ein Bestandteil „ihrer“ Bourgeoisie — und solange das deutsche Bürgertum dieses Staates mit dem tschechischen Zwistigkeiten über seinen Anteil an den Arbeiterklasse herausgeschunden Profit habe, was auch die deutsche Sozialdemokratie nicht besonders gut auf ihre tschechischen Kampagne zu sprechen und betrachtete deren schön Minister-sessel mit großem Neide.  
Nun aber, da sich die Kapitalisten beider Nationalitäten nach dem Selbstbestimmungsrechte der Deutschen in der CSR, jetzt durfte auch die deutsche Sozialdemokratie endlich ihrer und mit Rücksicht auf die Regierungskräfte nachellen Bankrott der KPC, auch auf das radikale Getue verzichten.

Wie in Deutschland und England, beweist auch die Regierungspraxis der Sozialdemokratie in der CSR, daß die Sozialdemokratie nicht der „linke Flügel“ der Bourgeoisie ist, sondern die stärkste und tatkräftigste Waffe der Bourgeoisie im Kampfe gegen das Proletariat. Ueberall dort, wo sozialdemokratische Parteien in bürgerlich-kapitalistischen Regierungen sitzen, passen sie sich rückhaltlos den jeweiligen Klassenkampflinien des Kapitalismus gegen das Proletariat an, fallen ein und wenn es die Lage „erfordert“, so stellt die tschechische „Völkervereinigung“ mit den brutalsten Terrormaßnahmen gegen die Arbeiterklasse die blutigsten Praktiken des alten Zarismus in den Schatten.

Bei uns hatte die Sozialdemokratie allerdings noch keine Gelegenheit zu so schnelligem Vorgehen wie die Zörgelbel im Deutschen Reich, sie ist ja auch erst seit 3 Monaten im Amt. Doch schon diese 3 Monate haben vollauf gezeigt, den internationalen Grundcharakter der Sozialdemokratie auch in der CSR aufzuzeigen. Das Verhalten des „sozialistischen“ Justizministeriums in der Frage der Amnestie, oder die „Maßnahmen“ des „sozialistischen“ Finanzministeriums zur Arbeitslosenfrage reden — eine laute Sprache. — Daß auch bei uns die Sozialdemokratie im kapitalistischen Lager die Rolle des Henkers spielen, deren Ressorts jene Probleme betreffen, die in der arbeitsschweren und der drohenden Erhebung der zur Verwirklichung getriebenen Massen, am schwersten und am heikelsten für die tschechoslowakische Bourgeoisie sind.

Komplizierter ist die Frage, was es kommt, daß die breiten proletarischen Massen, die der Sozialdemokratie auch in diesem Staate folgen, so ganz ohne Protest, ohne den geringsten Widerstand, vollständig stumm und apathisch die Wendung in der Politik ihrer Führer hinnehmen. Diese Erscheinung in der gegenwärtigen Epoche stellt eine flammende Anklage in der der KPC, dar. Noch bis vor 1 1/2 Jahren nickten große proletarische Massen, von denen der bedeutendste Teil noch an Tradition und Trägheit in den sozialdemokratischen Organisationsstrukturen festhielt, mit erwartungsvollem Vertrauen zu der „eiserernen“ Partei auf, die aus nahezu 70 Presseorganen und aus den Minderen von 42 Abgeordneten ihre Bereitschaft zur revolutionären Tat und ihre stolze historische

## Die Notopfer der Sozialrentner

Innerhalb der Koalitionsregierung spielt sich ein so genannter heftiger Kampf um die Lastenverteilung ab. Die Steuer beglicke. Das Reich befindet sich in einer chronischen Krise. Ende Dezember 1929 stellte sich der Kassenfahrlauf des Reiches auf 330 Millionen. Nach den Angaben des Reichsfinanzministers Moldenhauer wird Ende März ein neuer Fehlbetrag von rund 150 Millionen und im zweiten Quartal ein Fehlbetrag von 273 Millionen vorhanden sein. Im ganzen stellt sich der Jahresmehrbetrag für 1930 auf 1400 Millionen. Es sind 700 Millionen noch zu decken trotz der 700 Millionen Ersparnisse aus dem Ueplan. Von diesen 1400 Millionen sind 450 Millionen Mark abzuzahlen, die von 1928 nachträglich zur Abdeckung des Kassenfahrlaufes und der vorwiegend schwebenden Schulden aufgenommen wurden. Der Fehlbetrag von 150 Millionen aus dem ordentlichen Haushalt werden. Der Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung wird auf 250 Millionen geschätzt, wenn die Erhöhung des Beitrags einhaltig würde. Die „Minderernehmen aus Steuern und sonstigen Einnahmen gegenüber dem Vorschlag“ werden auf 230 Millionen angegeben. Schließlich sind noch 320 Millionen Mehrausgaben für die einzelnen Ressorts aufzubringen. Den Zuschuß für die Arbeitslosenversicherung will der Reichsfinanzminister durch Herstellung einer sogenannten Gefahrengemeinschaft von der Invaliden- und Angestelltenversicherung und nicht aus der Reichskasse bezahlen lassen. Die genannten Versicherungen sollen aus ihren Mitteln der Arbeitslosenversicherung 200 Millionen vorschießen. Das Reich übernimmt die Garantie dieses Planes ist nur eine Verschleierung der Tatsache, daß es sich hier um einen bewußten Einbruch des Kapitals in die bürgerlich-politischen Institutionen handelt. Das Kapital nimmt die der Arbeiter-Arbeitslosenversicherung zu begleichen. Es sprengt so die Grundlagen der Invaliden- und Angestelltenversicherung, indem es das Defizit der Arbeitslosenversicherung von diesen Sozialrentnerinstitutionen aufbringt. Die Gefahrengemeinschaft ist ein Produkt des Kampfes gegen den deutschen Sozialrentner, den das Finanzkapital mit Schacht an der Spitze auf seine Fahne geschrieben hat.

Eine Rede Schachts für den Abbau der Sozialpolitik (deren beste Stelle wir auf der dritten Seite ausdrücken, löst beim „Vorwärts“ enorme Empörung aus. Er schimpft über diese Verhöhnung der Sozialrentner durch den Mann mit dem die gesamten reformistischen Bestrebungen in Grund und Boden verdammt und sie als eine Gefahr für die weitere kapitalistische Entwicklung hinstellt. Diese Entlarfung im Besonderen des Finanzkapitals ist ihm als Taktlosigkeit Koalitionsbesatzung offenbar. Die Worte Schachts zeigen, daß das Finanzkapital an der Arbeitsgemeinschaft nicht das geringste Interesse mehr hat. Es hält die Sozialpolitik im Gegenteil für vollkommen entbehr-

lich, weil es eben die Sozialdemokratie weder zur Durchführung der Innen- noch der Außenpolitik benötigt. Die Aczuehrung von Schacht entspricht nur der Praxis der Sozialdemokratie der Schutz der Sozialpolitik und Existenzfrage. Nur durch diese „Sozialrentner“-Politik Gewinnung der Arbeitermassen für ihre arbeitsgemeinschaftliche Politik. Das Ziel der Arbeitgemeinschaft ist eben die Versorgung der Arbeiterschaft mit „Versicherungsscheinen“ „von der Wiege bis zum Grab“. Die Arbeiterschaft soll vom Klassenkampf durch die kleinbürgerliche Versorgung und durch die Politik der kleinen Pfisterchen abgehalten werden. Diese Einschüchterungsmethoden werden von Herrn Schacht als unnötig verworfen.

Die revolutionäre Arbeiterschaft kann Herrn Schacht nur dankbar für die Aufrichtigkeit sein, mit der er das Ziel der Politik des Finanzkapitals aufzeigt. Sie weiß, daß die Sozialpolitik von Kapital nur solange betrieben wird, als sie zur Beruhigung der Arbeiterschaft notwendig ist. Der Abbau der Sozialpolitik ist für sie nur das Zeichen der wachsenden Offensivität des Kapitals. Sie kämpft nicht um die Erhaltung der Sozialpolitik, sondern um die Erroberung der Macht, weil sie kein Interesse an der Aufrechterhaltung reformistischer Illusionen hat. Die Sozialpolitik ist für sie kein Kampfojekt, zumal sie ja selbst die gesamten Lasten für diese Sozialpolitik auf sich selbst muß. Sie bezahlt ja die Versicherungsscheine Zuschüsse leisten, diese Zuschüsse werden ja ebenfalls durch die Arbeiter aufgebracht. Es handelt sich um nichts weiter als um Zwangsversicherungen, durch die der Arbeiterschaft eine Versorgung für Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter durch den Vater Staat vorgespiegelt wird. Wie groß die Angst des ADGB, wegen des Abbaus der Sozialpolitik ist, geht aus der vom ADGB gegen diesen Abbau gestellten Parole des Notopfers aller Steuerpflichtigen hervor. Es heißt in der Entscheidung des Bundesausschusses wörtlich:

Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches und der Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen soll ein prozentual festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen erhoben werden.

Dieses vorerfliche Volksgemeinschaftsopfer zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung und der reformistischen Sozialrentnerpolitik bedeutet ein offenes Abbrechen von dem alten Programm der Abwälzung der Steuerlasten auf den Besitz. In der Entscheidung ist keiner Rede davon, daß die prozentuale Abgabe erst von einer bestimmten Einkommensgrenze ab zu erfolgen hat, daß der Besitz die größeren Einkommen in stärkerer Form heranzuziehen sind. Vielmehr soll der ärmste Mann auch der treneste Knecht des Kapitals sein. Ihn Das Notopfer ist weiter nichts als eine neue Lohnsteuererhöhung, die den Arbeitern zugemutet wird, damit sie auf diese Weise ihre Sozialrentnerstellung retten können. Der ADGB tut wirklich alles, um das Ideal des Sozialrentners dem Deutschen Volk zu erhalten. Er darf dieses

„aktivistische“ Politik der Sozialdemokratie. — Die nächsten Wochen und Monate schon werden zeigen, ob das Proletariat der Tschchoslowakei die Belastungsprobe seiner Stumpfheit durch die unvermeidliche Verschärfung der Krise, durch die in allen Industrien neuerlich angezeigten Massenentlassungen und durch die Hungerpreisse der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung noch weiterhin aushalten wird, oder ob die Energie noch aufbringen wird, den einzig möglichen Ausweg aus dem bestialischen Wahnsinn dieser Gesellschaftsordnung zu erkennen.

„Ein neuer Tag geht auf über der Republik!“ so schrieb es aus dem sozialdemokratischen Bitterwald am Tage, wo die „Genossen“ auf die Ministerstessele krochen. Vielleicht hatten sie gar nicht so unrecht . . . !

Die revolutionäre Arbeiterschaft kann Herrn Schacht nur dankbar für die Aufrichtigkeit sein, mit der er das Ziel der Politik des Finanzkapitals aufzeigt. Sie weiß, daß die Sozialpolitik von Kapital nur solange betrieben wird, als sie zur Beruhigung der Arbeiterschaft notwendig ist. Der Abbau der Sozialpolitik ist für sie nur das Zeichen der wachsenden Offensivität des Kapitals. Sie kämpft nicht um die Erhaltung der Sozialpolitik, sondern um die Erroberung der Macht, weil sie kein Interesse an der Aufrechterhaltung reformistischer Illusionen hat. Die Sozialpolitik ist für sie kein Kampfojekt, zumal sie ja selbst die gesamten Lasten für diese Sozialpolitik auf sich selbst muß. Sie bezahlt ja die Versicherungsscheine Zuschüsse leisten, diese Zuschüsse werden ja ebenfalls durch die Arbeiter aufgebracht. Es handelt sich um nichts weiter als um Zwangsversicherungen, durch die der Arbeiterschaft eine Versorgung für Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter durch den Vater Staat vorgespiegelt wird. Wie groß die Angst des ADGB, wegen des Abbaus der Sozialpolitik ist, geht aus der vom ADGB gegen diesen Abbau gestellten Parole des Notopfers aller Steuerpflichtigen hervor. Es heißt in der Entscheidung des Bundesausschusses wörtlich:

Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches und der Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen soll ein prozentual festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen erhoben werden.

Dieses vorerfliche Volksgemeinschaftsopfer zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung und der reformistischen Sozialrentnerpolitik bedeutet ein offenes Abbrechen von dem alten Programm der Abwälzung der Steuerlasten auf den Besitz. In der Entscheidung ist keiner Rede davon, daß die prozentuale Abgabe erst von einer bestimmten Einkommensgrenze ab zu erfolgen hat, daß der Besitz die größeren Einkommen in stärkerer Form heranzuziehen sind. Vielmehr soll der ärmste Mann auch der treneste Knecht des Kapitals sein. Ihn Das Notopfer ist weiter nichts als eine neue Lohnsteuererhöhung, die den Arbeitern zugemutet wird, damit sie auf diese Weise ihre Sozialrentnerstellung retten können. Der ADGB tut wirklich alles, um das Ideal des Sozialrentners dem Deutschen Volk zu erhalten. Er darf dieses

„aktivistische“ Politik der Sozialdemokratie. — Die nächsten Wochen und Monate schon werden zeigen, ob das Proletariat der Tschchoslowakei die Belastungsprobe seiner Stumpfheit durch die unvermeidliche Verschärfung der Krise, durch die in allen Industrien neuerlich angezeigten Massenentlassungen und durch die Hungerpreisse der bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung noch weiterhin aushalten wird, oder ob die Energie noch aufbringen wird, den einzig möglichen Ausweg aus dem bestialischen Wahnsinn dieser Gesellschaftsordnung zu erkennen.

„Ein neuer Tag geht auf über der Republik!“ so schrieb es aus dem sozialdemokratischen Bitterwald am Tage, wo die „Genossen“ auf die Ministerstessele krochen. Vielleicht hatten sie gar nicht so unrecht . . . !

Die revolutionäre Arbeiterschaft kann Herrn Schacht nur dankbar für die Aufrichtigkeit sein, mit der er das Ziel der Politik des Finanzkapitals aufzeigt. Sie weiß, daß die Sozialpolitik von Kapital nur solange betrieben wird, als sie zur Beruhigung der Arbeiterschaft notwendig ist. Der Abbau der Sozialpolitik ist für sie nur das Zeichen der wachsenden Offensivität des Kapitals. Sie kämpft nicht um die Erhaltung der Sozialpolitik, sondern um die Erroberung der Macht, weil sie kein Interesse an der Aufrechterhaltung reformistischer Illusionen hat. Die Sozialpolitik ist für sie kein Kampfojekt, zumal sie ja selbst die gesamten Lasten für diese Sozialpolitik auf sich selbst muß. Sie bezahlt ja die Versicherungsscheine Zuschüsse leisten, diese Zuschüsse werden ja ebenfalls durch die Arbeiter aufgebracht. Es handelt sich um nichts weiter als um Zwangsversicherungen, durch die der Arbeiterschaft eine Versorgung für Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter durch den Vater Staat vorgespiegelt wird. Wie groß die Angst des ADGB, wegen des Abbaus der Sozialpolitik ist, geht aus der vom ADGB gegen diesen Abbau gestellten Parole des Notopfers aller Steuerpflichtigen hervor. Es heißt in der Entscheidung des Bundesausschusses wörtlich:

Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches und der Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen soll ein prozentual festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen erhoben werden.

Dieses vorerfliche Volksgemeinschaftsopfer zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung und der reformistischen Sozialrentnerpolitik bedeutet ein offenes Abbrechen von dem alten Programm der Abwälzung der Steuerlasten auf den Besitz. In der Entscheidung ist keiner Rede davon, daß die prozentuale Abgabe erst von einer bestimmten Einkommensgrenze ab zu erfolgen hat, daß der Besitz die größeren Einkommen in stärkerer Form heranzuziehen sind. Vielmehr soll der ärmste Mann auch der treneste Knecht des Kapitals sein. Ihn Das Notopfer ist weiter nichts als eine neue Lohnsteuererhöhung, die den Arbeitern zugemutet wird, damit sie auf diese Weise ihre Sozialrentnerstellung retten können. Der ADGB tut wirklich alles, um das Ideal des Sozialrentners dem Deutschen Volk zu erhalten. Er darf dieses



